



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2011

Islamisches Recht in der Schweiz ist gefährlich

Manea, Elham

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-180503>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Manea, Elham. Islamisches Recht in der Schweiz ist gefährlich. In: NZZ am Sonntag, 27, 3 July 2011, 15.

Islamisches Recht in der Schweiz ist gefährlich

Juristen schlagen vor, Teile des islamischen Familiengesetzes zuzulassen. Das wäre falsch. Man würde die systematische Diskriminierung der Frau legitimieren, schreibt *Elham Manea*

Wissenschaftliche Thesen können gravierende Konsequenzen für die Menschenrechte haben. Ein Beispiel dafür ist der an einer Veranstaltung der Universität Zürich geäusserte Vorschlag, dass es prüfenswert sei, Teile des islamischen Familiengesetzes in das Schweizer Recht zu integrieren («Islamisches Eherecht für die Schweiz?», «NZZ am Sonntag» vom 26. Juni). Ich respektiere die Freiheit des Denkens und der akademischen Forschung, aber ein solches Ansinnen darf nicht ohne Widerspruch bleiben.

Die Befürworter eines solchen Rechtspluralismus sind sich der Brisanz des Themas bewusst. Mit Rücksicht auf das weitverbreitete Unbehagen und die Ängste in der Bevölkerung argumentieren sie deshalb, dass die Einführung islamischen Rechts nur zivilrechtliche und Familienangelegenheiten beeinflussen würde. Zudem betonen sie, dass die hier geltenden Prinzipien der Achtung der Menschenrechte und der Gleichberechtigung nicht tangiert würden.

Diese Argumentation ist aus drei Gründen falsch: Erstens lässt sie die negativen Erfahrungen in Ländern, die Parallelrecht eingeführt haben, ausser acht. Grossbritannien ist so ein Land, wo zweierlei Mass zur Anwendung kommen. Ein Schlichtungsgesetz erlaubt es dort religiösen und kulturellen Gruppierungen, ihre familiären und zivilen Streitigkeiten durch eine staatlich sanktionierte islamische Schlichtungskommission zu regeln.

Basierend auf diesem Gesetz wurden zunächst in fünf britischen Städten Scharia-Gerichte zugelassen. Ihre Entscheidungen werden durch die staatlichen Gerichte im Rahmen von «muslim arbitration tribunals» durchgesetzt. Eine 2009 publizierte Studie zeigt, dass es bereits 85 Scharia-Gerichte gibt, die auch illegale Entscheidungen fällen, hauptsächlich, was die Frauenrechte in Familienangelegenheiten betrifft. So wurde etwa entschieden, dass eine muslimische Frau nur die Hälfte der Summe ihres Bruders erben darf statt der gleichen Summe, wie das britische Gesetz es vorsieht. Die englischen Behörden haben das System der Schlichtungsgerichte zwar

unter der Voraussetzung eingeführt, dass diese keine Entscheidungen treffen dürften, die gegen britisches Common Law verstossen. Doch die Realität sieht anders aus.

Tatsächlich, und damit komme ich zum zweiten Punkt, ist es einfach nicht möglich, islamisches Gesetz in der Familiendomäne einzuführen, ohne die in Europa anerkannten Grundsätze der Menschenrechte und Gleichberechtigung zu verletzen. Das traditionelle islamische Recht, die Scharia, beruht auf der Ungleichheit der Geschlechter; es beschränkt die Rechte der Frauen bei der Eheschliessung, innerhalb der Ehe und im nachehelichen Unterhalt.

So kann sich etwa der Mann scheiden lassen, ohne einen Grund anzugeben oder seinen Entscheid rechtfertigen zu müssen. Um ihrerseits eine Scheidung verlangen zu können, muss die Frau aber beweisen, dass ihr Mann sie misshandelt hat – oder sie ist willens, auf ihre finanziellen Ansprüche zu verzichten. Dieses Beispiel soll deutlich machen, dass wir es nicht mit einem anderen kulturellen Konzept von Ehe und Familie zu tun haben. Es geht vielmehr um eine grobe Benachteiligung der Frauen, die nicht geduldet werden darf.

Das bringt mich zu der dritten problematischen Seite in der Argumentation derjenigen, die sich die Einführung islamischer Gesetze in das schweizerische Rechtssystem vorstellen können. Sie ignoriert den kritischen Diskurs über islamisches Gesetz, der stets sowohl die Geschlechterfrage wie auch die Problematik der Scharia in Familienangelegenheiten beleuchtete. Zahlreiche arabische und islamische Intellektuelle, Schriftsteller und Aktivisten, sowohl Männer wie Frauen, haben die Geschlechterfrage thematisiert und dabei betont, dass die Emanzipation der Frau eine Bedingung ist für die Entwicklung der Gesellschaft. Die Emanzipation könne jedoch nicht erreicht werden, ohne die Familiengesetze, die das Leben der Frauen regeln, zu ändern.

Die Türkei und Tunesien sind mehrheitlich muslimische Länder, die in diesem Zusammenhang bereits im 20. Jahrhundert ihre islamischen Familiengesetze aufgehoben bzw. angepasst haben. In den letzten zwei Jahrzehnten wurden nun auch in anderen arabischen Ländern und islamischen Gesellschaften Forderungen laut, die islamischen Familiengesetze in einer Weise zu reformieren, damit die Rechte der Frauen gewahrt sind. Ich kann mir nur schwer erklären, warum europäische Rechtspluralisten diese Entwicklungen zu ignorieren scheinen und stattdessen den Import reaktionärer religiöser Gesetze in Erwägung ziehen, die für ihre nachweislich die Frauen benachteiligenden Bestimmungen kritisiert werden.

Es ist deshalb sehr wichtig, sich über die Konsequenzen solcher Postulate bewusst zu werden, um zu verstehen, wie gefährlich sie sind für die Gleichstellung von Frau und Mann beziehungsweise die Rechte von Frauen (und ihren Kindern). Denn letztlich fordern die Rechtspluralisten nicht weniger als die Legitimation systematischer Diskriminierung.

Elham Manea



Elham Manea, 45, ist schweizerisch-jemenitische Doppelbürgerin muslimischen Glaubens. Als Privatdozentin für Politikwissenschaft an der Universität Zürich befasst sie sich unter anderem mit Genderfragen im arabischen Raum. Daneben arbeitet sie als Beraterin für Frauenrechte, Religion und Entwicklung.